

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 117. Ratssitzung vom 21. März 2012

2501. 2011/292

Dringliche Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP vom 13.07.2011: Änderung von Art. 2ter Abs. 3 Gemeindeordnung (GO), Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie bis zum Jahr 2034

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Bernhard Piller (Grüne) begründet namens der Grüne-Fraktion die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 1586/2011): Die Stimmbevölkerung hat am 30. November 2008 das langfristige Ziel eines Kernenergieausstiegs befürwortet und in der Gemeindeordnung verankert. Es wurde aber kein definitives Datum festgehalten, was wir nun mit dieser Motion ändern wollen.

Energiepolitisch befinden wir uns in einem neuen Zeitalter. Die Kernenergie ist eine unbeherrschbare, unverantwortliche und anachronistische Energie aus dem letzten Jahrhundert. Daher ist es für mich unverständlich, wie der Stadtrat in seiner ablehnenden Antwort schreiben kann, dass ein konkretes Datum den Aufbau einer Stromproduktion mit erneuerbaren Energien noch infrage stellen könne. Ein konkretes Datum bietet vielmehr eine klare Rechtssicherheit und klare Rahmenbedingungen, nicht zuletzt für das ewz. Der Umbau der Stromproduktion kann demnach genau auf dieses Datum hin geplant werden. Immerhin sprechen wir hier von 22 Jahren. Das heisst, das Jahr 2034 ist ein grosszügiger Kompromiss und für die Stadt Zürich wahrlich nicht revolutionär. Zumal sich am 11. März 2012 die Stimmbevölkerung der Stadt Aarau, im Atom-Kanton Aargau, mit 62 Prozent für das konkrete Kernenergieausstiegsdatum 2035 ausgesprochen hat. Je früher sich unsere Stadt aus der Beteiligung an Atomkraftwerken verabschiedet, desto sicherer und desto kleiner ist das finanzielle Risiko der Stadt bei einem hoffentlich nicht eintretenden weiteren Atomunfall. Die Argumentation des Stadtrats mit den Sicherheitsvorschriften der Atomaufsichtsbehörde (ENSI) muss ich zumindest als fahrlässig bezeichnen. Das ENSI hat schon immer die nötige Strenge und Sensibilität vermissen lassen. Das Urteil des Bundesverwaltungsgericht zum AKW Mühleberg vor zwei Wochen gibt uns diesbezüglich Recht. Es ist unverständlich, weshalb ein linksgrüner und atomkritischer Stadtrat genau dieser Behörde sein Vertrauen schenkt. Zürich muss Schrittmacher sein und darf nicht auf die Bundespolitik warten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Ich mache mir keine Illusionen darüber, dass Sie die Motion trotz unserer Bedenken überweisen werden. Es ist nicht möglich, Gläubige für einen anderen Weg gewinnen zu wollen. Da dem Stadtrat aber die Verantwortung für die Stromversorgung der Stadt obliegt, hat er sich gegen ein konkretes Datum entschieden.*

Die neue Ära der Energiepolitik in der Stadt Zürich ist aber bereits mit der Verankerung der 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung eingeläutet worden und nicht erst mit dem tragischen Vorfall in Fukushima, der lediglich bestätigt, dass die Stadt sich auf dem richtigen Weg befindet. Ganz Europa schreit nach dem Ausstieg aus der Kernenergie. Die Stadt Zürich ist aber bereits auf dem Weg dazu.

Die Stadt ist keine Insel und nur weil sie aus der Kernenergie aussteigt, wird die Welt nicht besser. Auch wenn man sich für einen Alleingang entscheidet, werden die Kernkraftwerke trotzdem weiterbetrieben und sie ändern auch nicht ihren Standort. Demnach bleibt das Risiko vorhanden, auch wenn man dann jegliche Schuld von sich weisen kann. Das scheint mir doch etwas scheinheilig zu sein. Nicht zuletzt ist dieses Vorhaben sehr teuer und es geht schliesslich um das Vermögen der Bevölkerung. Ob das Volk dem dann zustimmt, lasse ich momentan noch offen. Einen Alleingang kann sich die Stadt aber gar nicht leisten. Vielmehr müssen auf nationaler Ebene für alle gleich lange Spiesse geschaffen werden. Das ewz überarbeitet momentan die Publikation «Die Stromzukunft der Stadt Zürich» und dem Gemeinderat wird damit im Herbst 2012 ein Instrument zur Verfügung gestellt, mit dem über die diversen Stellschrauben berechnet werden kann, welche Szenarien wie viel kosten. Zu diesem Zeitpunkt können wir dann allenfalls nochmals über ein konkretes Datum für den Atomausstieg sprechen. Aus diesem Grund ist der Stadtrat auch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Ruggero Tomezzoli (SVP): *Die Motion verlangt den Verkauf der beiden Beteiligungen des ewz an Kernkraftwerken an die entsprechenden Kernkraftwerkbetreiber bis 2034. Es ist absurd, solche Entscheidungen zu fällen, wenn niemand von uns dann noch dem Gemeinderat angehört. Mit der Motion wird aber aufgezeigt, dass es offensichtlich nicht möglich ist, den Atomstrom zu vernünftigen Kosten in der notwendigen Menge zu ersetzen. Wäre das möglich, würde ein sofortiger Verkauf verlangt werden. Der Verkauf einer Beteiligung kann rasch erfolgen; den Entscheid dazu sollten wir aber den künftigen Generationen überlassen. Die SVP lehnt daher die Motion ab.*

Dr. Martin Mächler (EVP): *Die EVP befürwortet schon lange erneuerbare Energien. Trotzdem können wir der Motion so nicht zustimmen. Dreckiger Strom ist für uns und vor allem für mich Strom, bei dessen Produktion CO₂ produziert wird. Meines Erachtens ist der CO₂-Ausstoss und die damit verbundene Klimaerwärmung noch ein grösseres Problem als der Atomstrom. Eine Abschaltung der Kernkraftwerke ist nur dann realistisch und sinnvoll, wenn der dadurch fehlende Atomstrom durch erneuerbare Energien ersetzt werden kann. Bei diesem Tempo bin ich mir aber nicht sicher, ob wir das schaffen wer-*

den. Die Schweizer Stromwirtschaft hat bereits begonnen, Erdgaskraftwerke zu planen, was auch nicht wirklich viel besser ist. Aus der Kernkraft müssen wir langsam aussteigen und die erneuerbaren Energien mit aller Kraft fördern. Fossile Energien können lediglich eine Übergangslösung sein. Wenn der Vorstoss in ein Postulat umgewandelt wird, werden wir ihn unterstützen. Da wir für diesen Wunsch aber kein Gehör finden werden, wird sich die EVP am Schluss wahrscheinlich der Stimme enthalten.

Helen Glaser (SP): Die SP findet es wichtig, dass ein konkretes Datum für den Kernenergieausstieg festgelegt wird. Damit wird nicht gesagt, dass das ewz bisher im Bereich der erneuerbaren Energien nichts unternommen hat. Im Gegenteil, das ewz ist gerade im Zubau von erneuerbaren Energien gut unterwegs. Gegenüber der Bevölkerung und der ganzen Schweiz soll aber ein noch stärkeres Signal gesetzt werden, dass es uns mit der 2000-Watt-Gesellschaft ernst ist und wir in Zukunft auf Kernenergie verzichten wollen.

Es ist uns durchaus bewusst, dass die Kernkraftwerke nicht automatisch zum gleichen Zeitpunkt, wie wir aus der Kernenergie aussteigen, abgeschaltet werden. Jedes AKW stellt jedoch ein Sicherheitsrisiko dar, weshalb es wichtig ist, ein Zeichen zu setzen, dass die Stadt Zürich da nicht mehr mitmacht. 22 Jahre sind nicht schnell und auch nicht überstürzt. Vielleicht sind wir dann wirklich nicht mehr im Gemeinderat, aber es geht um unsere Nachkommen, denen es gut gehen soll. Der Ausstieg muss schrittweise und ökonomisch vonstattengehen, ebenso der Zubau von erneuerbaren Energien, damit sie auch bezahlbar sind. Daher scheinen uns 22 Jahre eine angemessene Frist zu sein. Wir sind schon jetzt neugierig auf den überarbeiteten ewz-Bericht «Stromzukunft». Das zeigt, dass auch dem ewz klar ist, dass die Energiepolitik nicht in Stein gemeisselt ist, sondern von Zeit zu Zeit überprüft und überarbeitet werden muss.

Joachim Hagger (FDP) begreift die Unredlichkeit gegenüber dem Volk nicht ganz. Immerhin werde nun versucht, etwas in den Volksentscheid von 2008 hineinzuzinterpretieren. Die damalige Verankerung des Atomausstiegs in der Gemeindeordnung sei an intelligente Bedingungen gekoppelt worden. Nun solle aber auch noch ein künstliches Datum implementiert werden. Er verstehe nicht ganz, weshalb sich die GLP dafür ausspreche. Zudem übernehme Zürich damit keine Vorreiterrolle. Er gebe zu bedenken, dass auch in diesem Falle die Systemgrenzen ein Hindernis darstellten und die Stadt keine Insel sei. Damit werde auch das ewz gefährdet. Der Ausstieg aus der Kernenergie müsse an tatsächliche Verhältnisse gekoppelt werden.

Martin Luchsinger (GLP): Die Gegenüberstellung von Martin Mächler (EVP) hinkt etwas. Schliesslich kann es nicht die Lösung sein, einen grossen Waldbrand mit vergiftetem Wasser zu löschen.

Ich gebe STR Andres Türler insofern recht, dass bereits mit der Volksabstimmung von 2008 eine neue Ära in der Stadtzürcher Energiepolitik eingeleitet wurde. Daher müssen wir meines Erachtens an dieser Stelle nicht über den Sinn oder Unsinn des Kernenergieausstiegs diskutieren. So sicher bin ich mir dessen aber noch nicht, weil das anscheinend noch sehr weit in der Zukunft liegt. Aus diesem Grund braucht es ein konkretes Datum und es muss ein Ziel gesetzt werden.

4 / 7

Ich kann nicht verstehen, weshalb die bürgerlichen Politiker der Wirtschaft und dem ewz damit nicht die entsprechende Klarheit und Sicherheit geben wollen. Zudem ist das Datum nicht aus der Luft gegriffen, sondern wird auch in der bundesrätlichen Strategie genannt. Die ETH bestätigt, dass bis dann ein Kernenergieausstieg wirtschaftlich und nachhaltig möglich ist. Damit schliessen wir auch das Hintertürchen, bei dem die Betriebsbewilligungen der französischen Kernkraftwerke verlängert werden. Ausserdem ist es ein klares Zeichen an die restliche Schweiz, wenn sich die Wirtschaftsmetropole Zürich ein Datum für den Kernenergieausstieg setzt.

Einen sofortigen Ausstieg könnten wir aus ökonomischen Gründen nicht unterstützen. Ich frage mich aber, was das ewz als AKW-Beteiligte bei diesen 725 Sicherheitsvorfällen in Cattenom (Frankreich) gemacht hat. Ich will wissen, wie man sich dort für mehr Sicherheit einsetzt. Die Festlegung eines Datums ist auch ein Zeichen gegenüber den anderen AKW-Beteiligten und bewirkt vielleicht auch bei diesen ein Umdenken.

Ratspräsident Joe A. Manser (SP) beantragt Reduktion der Redezeit auf drei Minuten sowie Schliessung der Rednerliste.

Mauro Tuena (SVP) stellt den Gegenantrag: *Ich finde es problematisch, wenn die Befürworter sich ausführlich zu diesem Vorstoss äussern können, während die Gegner für die Darlegung ihrer Argumente nicht die gleiche Zeit eingeräumt erhalten. Das ist unseriös. Ich bitte Sie, von der Redezeitverkürzung abzusehen und den nachfolgenden Vorstoss erst an der nächsten Sitzung zu behandeln.*

Der Rat lehnt den Antrag des Ratspräsidenten Joe A. Manser (SP) auf Reduktion der Redezeit mit 42 gegen 66 Stimmen ab.

Der Rat stimmt dem Antrag des Ratspräsidenten Joe A. Manser (SP) auf Schliessung der Rednerliste stillschweigend zu.

Weitere Wortmeldungen:

Markus Hungerbühler (CVP): *Wieder werden wir Zeuge einer giftigen und auch ideologischen Debatte. Die CVP findet es unseriös und unvernünftig, heute über die Jahreszahl 2034 zu diskutieren und diese auch festzulegen. Zudem ist die Gemeindeordnung dafür der falsche Ort. Zürich sieht sich zwar gerne als Nabel der Schweiz, aber dieses Thema wird auf Bundesebene entschieden.*

Ich hege aber keine Illusionen über die Mehrheitsverhältnisse in diesem Rat. Daher ist uns auch klar, dass die Motion leider überwiesen werden wird. Ich erinnere die Befürworter aber daran, dass der Stadtrat in seiner Antwort festgehalten hat, es sei nicht zweckmässig, jetzt das Jahr 2034 in der Gemeindeordnung festzuschreiben. Zudem hat dies kein bürgerlicher Stadtrat gesagt, sondern ein klar rotgrün regierter Stadtrat. Das müsste Ihnen doch etwas zu denken geben.

Die CVP unterstützt selbstverständlich den Kernenergieausstieg. Das ist kein Lippenbekenntnis, aber die Stadt Zürich ist die falsche Stufe, um den Hebel dafür anzusetzen. Ich werde den Eindruck nicht los, dass wir der Weltmeister der Alleingänge sind und vor

allem Symbolpolitik betreiben. Diese ist leicht weltfremd und es werden Emotionen geschürt und bewirtschaftet. Das Ganze sollte rationaler angegangen werden.

Niklaus Scherr (AL) hat in den 70er Jahren zum ersten Mal Flugblätter gegen die Beteiligung am AKW Gösgen verteilt und 1984 war er zwei Mal vor Bundesgericht wegen den Beteiligungen an den AKWs Cattenom und Leibstadt. Trotzdem werde er die Motion aufgrund ihres Wortlauts ablehnen. Man könne sich zwar mit dem Verkauf der Aktien aus einer Beteiligung lösen, aber nur vordergründig. Es existiere dann aber immer noch die böse Tat der Mitbegründung eines solchen Kraftwerks. Denn hinter jeder Aktiengesellschaft stecke ein Partnervertrag einer einfachen Gesellschaft. Er führt die Sondermülldeponie Kölliken AG als Beispiel an. Demnach sei die Stadt Zürich in jedem Fall zur anteilmässigen Zahlung verpflichtet, auch bezüglich des Rückbaus und der Entsorgung der radioaktiven Abfälle. Er sehe daher keinen Investor, der sich für eine solche Beteiligung interessieren würde. Ideologisch könne zwar mit dem Vorstoss eine Duftmarke gesetzt werden, aber er befreie die Stadt nicht von ihrer Haftung. Das sei eine politische Illusion.

Simon Kälin (Grüne): Die Frage für die neue und die jetzige Generation ist aber, was nun der konsequent richtige Schritt wäre. Die Grünen sind diesbezüglich der Ansicht, dass klare Laufzeitbegrenzungsfristen gesetzt werden müssen. Dabei muss die nationale Ebene von der Gemeindeebene klar unterschieden werden. Auf nationaler Ebene ist unsere Volksinitiative zum Kernenergieausstieg noch hängig, die eine Laufzeitregelung verlangt. Es müssen aber auch die juristischen von den technischen Laufzeiten unterschieden werden. Bei letzteren ist der Sicherheitsaspekt massgebend, was auch eine vorzeitige Abschaltung möglich macht. Diesbezüglich scheint es bei den zuständigen Instanzen doch einige Verwirrung zu geben.

Ich wehre mich gegen den Vorwurf, dass wir Emotionen und Empörung bewirtschaften. Die Schweiz verfügt über kein Konzept, das für den Fall eines Atomunfalls entsprechende Massnahmen bereitstellt. Schon bei einem mittleren Vorfall müsste das ganze Mittelland evakuiert und eine Sperrzone auf Jahre eingerichtet werden. Es ist aber nicht klar, wo all diese Menschen dann untergebracht werden sollen. Es existiert lediglich ein Notfallkonzept mit Jodtabletten und dem Ausharren in Luftschutzkellern für ein paar Tage. Der Klimawandel muss in der Tat ein Thema sein, wenn man einen beschleunigten Atomausstieg will. Global betrachtet, war das Jahr 2011 das wärmste und gleichzeitig hat auch der Ausstoss von Treibhausgasen einen neuen Rekordwert erreicht. Für Gaskraftwerke als Zwischenlösung sind das sehr schlechte Vorzeichen. Allenfalls könnte ein solches Kraftwerk mit Biogas betrieben werden, aber der Kampf um das kompostierbare Material hat bereits begonnen und ist in vollem Gang. Zudem schafft es die Schweiz nicht einmal, das Kyoto-Protokoll einzuhalten. Es kann auch nicht sein, dass wir all unsere CO₂-Kompensationen im Ausland kaufen und weiterhin im eigenen Land den alten Standard weiterbetreiben. Ausserdem ist auch die Atomenergie nicht CO₂-frei.

Roger Liebi (SVP) zeigt sich erstaunt über die Art und Weise der Politik der Grünen in diesem Zusammenhang. Immerhin liessen sie keine Gelegenheit aus, um darauf hinzuweisen, wie gefährlich die Atomkraftwerke seien. Nun wollten sie sie aber erst 2034 vom

6 / 7

Netz nehmen. Das sei nicht glaubwürdig. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, dass die Grünliberalen ausgerechnet in dieser schwierigen Situation der Stadt einen solchen Vorstoss unterstützen. Schliesslich stehe der Heimfall der Kraftwerke im Kanton Graubünden bevor. Mit der Vorgabe eines konkreten Datums spiele man dem Kanton Graubünden einen Trumpf bezüglich der Konzessionspreise in die Hand.

Mauro Tuena (SVP): *Ich frage mich, ob Sie bereit sind, das, was Sie in diesem Rat propagieren, auch in die Praxis umzusetzen und Ihren eigenen Energieverbrauch zu reduzieren, sodass die 2000-Watt-Gesellschaft und der Atomausstieg auch tatsächlich Wirklichkeit werden können. Vielmehr ist es momentan doch so, dass der Stromverbrauch gesamtschweizerisch weiterhin ansteigt. Ich befürchte, dass wir irgendwann an den Punkt gelangen, wo das Volk merkt, dass es die früher getroffenen Entscheide, gar nicht umsetzen will oder kann.*

Matthias Probst (Grüne): *Es ist richtig, dass die Stadt Zürich für den bisher produzierten radioaktiven Abfall haftet. Wir haften aber nicht für den radioaktiven Müll, der erst in der Zukunft produziert werden wird. Ich bin nicht bereit, diese Verantwortung zu übernehmen.*

Der vorgeschlagene Weg ist pragmatisch. Es stellt sich nicht die Frage, ob wir die Beteiligung verkaufen können oder nicht. Vielmehr müssen sich unsere Partner fragen, ob sie die alleinige Verantwortung für den künftigen Müll übernehmen wollen.

Die Versicherungsdeckung für die AKWs in der Schweiz beträgt 1,8 Mia. Franken. Das Amt für Bevölkerungsschutz hat aber einen möglichen GAU-Schaden auf 4 000 Mia. Franken beziffert. Die Chance für einen solchen GAU liegt bei 1 : 4 000. Multipliziert man diese Wahrscheinlichkeit mit der Zahl der schweizerischen Kraftwerke, so müssten diese eigentlich für 5 Mia. Franken pro Jahr versichert sein. Die Bevölkerung garantiert diese Versicherungssumme gratis. Pro Kopf und pro Monat sind das 53.39 Franken, mit denen die AKWs von uns quersubventioniert werden. Würde dies auf die Stromkosten abgewälzt, würde eine Kilowattstunde 31 Rappen mehr kosten und mit der Wirtschaftlichkeit wäre es vorbei. Die Jungen Grünen haben einen sofortigen Atomausstieg beschlossen, aber unterstützen aus pragmatischen Gründen den Vorstoss.

Bernhard Piller (Grüne) ist nicht einverstanden die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Dringliche Motion wird mit 66 gegen 46 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

7 / 7

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat